

Bundesrätin Sommaruga und 2050: eine noch unvorstellbare Zukunft

Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP/BE), Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), besuchte am Donnerstag, 18. November 2021, bereits zum zweiten Mal eine Vorlesung des Professors Adrian Vatter an der Universität Bern. Anknüpfend an ein praxisnahes Gastreferat über die aktuelle Klimapolitik, beantwortete sie zahlreiche und ebenso vielfältige Fragen der rund 200 Studierenden.

von Maja Hegemann und Marvin Wilhelm

Nachdem im vergangenen Jahr das Gastreferat im Rahmen der Vorlesung Politisches System der Schweiz I» von Prof. Adrian Vatter aufgrund der Corona-Pandemie digital stattfinden musste, führten die Wege von Bundesrätin Sommaruga heuer neuerlich in einen gefüllten Hörsaal. Somit konnte die traditionelle magistrale Begegnung wiederum in fast schon traditioneller Manier von Statten gehen. Trotzdem bleibt ein solch' hoher Besuch, vor allem in diesen turbulenten Zeiten, doch immer wieder ein aufregendes Ereignis für alle Teilnehmenden. Laut Prof. Adrian Vatter könne anlässlich solcher Begegnungen «ein bunter Strauss neuer Erkenntnisse» gesammelt werden, über welchen sich die Studierenden sichtlich interessiert und erfreut haben.

«Vertrauensbeweis für die Schweiz»

Anschliessend an die Ansprache des Dozenten erhielt Bundesrätin Sommaruga das Wort. Nach einer kurzen Begrüssung ging sie rasch zum Kernthema ihres Inputreferats über. Als Vertreterin des Bundesrats sei sie mit klaren Vorstellungen an die UN-Klimakonferenz nach Glasgow gereist. Namentlich umriss sie die drei primären Ziele, welche die Schweizer Delegation verfolgte:

Erstens sollen alle Staaten Klimaziele eingeben, wobei die Definierung von langfristigen Strategien für deren Erreichung im Vordergrund stehen. Am Beispiel der Vereinigten Staaten einerseits und China andererseits übte sie Kritik an der harzigen Umsetzung des im Dezember 2015 verabschiedeten Pariser Abkommens. Denn unter die Kategorie «Entwicklungsländer» fallen etliche Länder – die Marshall Islands ebenso wie China.

Als zweites Ziel definierte Bundesrätin Sommaruga die Abschaffung der sogenannten «Doppelzählung». Hierbei fördert bspw. die Schweiz in einem anderen Land den Ausbau erneuerbarer Energien. Während das Empfängerland von den neuen Technologien profitiere, könne sich die Schweiz dortige Investitionen in ihren eigenen Reduktionsmassnahmen anrechnen lassen.

Das dritte Ziel umfasst den Auftrag, einen zeitlichen Strategierahmen zu verabschieden – ein Rah-



Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Gespräch mit Rektor Prof. Dr. Christian Leumann . © Vera Köpfel / AKM UniBE

men also, in dessen die Staaten ihre Zielvorgaben dokumentieren und transparent offenlegen sollen. Der Präsident der UN-Klimakonferenz, Alok Sharma, beauftragte Bundesrätin Sommaruga, gemeinsam mit einer Vertreterin aus Ruanda hierbei die Führungsrolle zu übernehmen. Diese Verantwortung empfand die Umweltministerin als «Vertrauensbeweis für die Schweiz», verrät sie.

Als den Zielen der Schweizer Delegation widerstrebend, empfand Bundesrätin Sommaruga die Versuche Chinas und Indiens, den Wortlaut in letzter Sekunde von «phase-down» in «phase-out» zu verwässern – in ein «Herunterfahren» anstelle eines «Ausstieges» aus der fossilen Energie. Trotz dieser

Abschwächung deutet Bundesrätin Sommaruga die Einigung als eindeutiges Signal an die Märkte: «Wer heute in sein neues Haus eine neue Ölheizung montiert, wird in 20 Jahren einen massiven Wertverlust haben», wagt sie als Prognose. Wer die Zeichen nicht erkennen wolle, werde künftig von den Märkten bestraft.

Nach den geschilderten Erlebnissen auf dem internationalen Parkett richtete Bundesrätin Sommaruga den Blick explizit auf die hiesige Klimapolitik. Dass das CO₂-Gesetz im Juni 2021 an der Urne scheiterte, hat die Umweltministerin sichtlich beschäftigt. Was die zukünftige Ausgestaltung der Schweizer Klimapolitik angeht, war für sie eine Begegnung mit einer Arbeitnehmenden einer Tankstelle besonders einprägsam: «Ich verliere meine Stelle, was unternehmen Sie, damit ich später noch Arbeit habe?», trat die Frau der Bundesrätin entgegen. Davon ausgehend, unterstrich Bundesrätin Sommaruga die Notwendigkeit, die Bevölkerung



Prof. Dr. Adrian Vatter (im Hintergrund) hat Bundesrätin Sommaruga in seine Vorlesung «Das Politische System der Schweiz I» eingeladen. © Vera Köpfel / AKM UniBE

in den Prozess miteinzubeziehen und den Menschen ihre Angst vor den unweigerlichen Veränderungen zu nehmen. Ebenso soll dafür Sorge getragen werden, dass die Wirtschaft und das Land im internationalen Vergleich nicht abgehängt werden. Klimapolitische Massnahmen könnten zukünftig aus steuerlichen Anreizen, Subventionen, transparenten Investitionen und der Verhinderung von «Greenwashing» bestehen, denn: «Jeden Tag, den wir warten, ist einer zu viel und je länger wir warten, desto teurer wird er». Damit nahm Bundesrätin Sommaruga abermals die Gegnerschaft des CO₂-Gesetzes in den Blick: Nicht nur ein «Nein» aus fehlendem Problembewusstsein heraus könne drastische Folgen haben, sondern ebenso ein «Nein» aus Trotz über nicht ausreichender Massnahmen. Der Bevölkerung mit einem neuen Vorschlag nicht das Gefühl einer Bestrafung zu geben, das ist ihr äusserst wichtig. Es gelte, den Menschen aufzuzeigen, dass sie nicht die Verlierinnen und Verlierer eines globalen tiefgreifenden Wandels sein werden. Stattdessen vermittelt Bundesrätin Sommaruga Hoffnung: «Wir finden eine Arbeit für diese Frau an der Tankstelle».

Zwischen Machtkonzentration und Selbstbetroffenheit

Im zweiten Teil der Veranstaltung moderiert Prof. Adrian Vatter eine Fragerunde – gestützt auf einen umfassenden Fragekatalog der Studierenden. Die Dringlichkeit der Klimakrise war in-

sofern ersichtlich, als dass rund die Hälfte der insgesamt über 80 eingereichten Fragen die Klimapolitik betraf. Auf den Einwand, wieso nicht mit Verboten gearbeitet würde, machte Bundesrätin Sommaruga die negative Dynamik geltend, in der wir uns befänden. Nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes sei es nun nicht mehrheitsfähig, Verbote zu beschliessen. Denn Bundesrätin Sommaruga warnte: «Ein zweites Nein kann sich die Schweiz nicht leisten».

Auf die Frage, wie sie die ausserordentliche Lage im Bundesrat erlebt habe, antwortete Bundesrätin Sommaruga, dass sie niemandem eine solche Machkonzentration wünsche. Alles sei neu gewesen; man habe sich auf keine Erfahrungen stützen können. Es sei eine sehr aufgeregte Zeit gewesen, die sie aber trotz allem kaum aus der Verfassung brachte: «Je heisser, je aufgeregter es ist, desto ruhiger bin ich», gab sie preis. Was die Tauglichkeit einer föderalen Krisenbewältigung angeht, erfuhr sie selbst als «überzeugte Föderalistin» die Grenzen des Föderalismus.

«Die Politik muss vorwärtskommen; Werden Sie nicht zynisch»

Im dritten Teil wandte sich Bundesrätin der Beantwortung von Fragen zu, welche die Studierenden im Hörsaal selbst an sie richteten: E-Mobilität, Rohstoffe, seltene Erden, Menschenrechte, Wasserstoff – «ein klassisches Dilemma». So hält sie den Studierenden nochmals das ausdrückliche Ziel der Dekarbonisierung vor Augen, um das Potential der E-Mobilität zu unterstreichen. Der Problematik des Rohstoffbedarfs für die Batterieherstellung ist sich die Bundesrätin durchaus bewusst: «Aber in der Politik müssen sie das machen, was möglich ist». Es gelte ebenso, den Rohstoffabbau und die Menschenrechte in den Abbauländern zu verbessern wie auch, nach Möglichkeiten für neue Batterieherstellungen zu forschen: «Es gibt keine Alternative».

«Je heisser, je aufgeregter es ist, desto ruhiger bin ich.»

Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Sich unsere Zukunft in Zeiten der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ganz plastisch vorzustellen, ist aber nicht nur für die Studierenden eine anregende Überlegung. Zuletzt wandte sich Bundesrätin Sommaruga daher eindringlich an die angehenden Politologen und Politologinnen: «Sie werden uns helfen!» – eine Ermutigung, welche die Studierenden gespannt und mit einer grossen Prise Zuversicht aus dem Hörsaal entliess.



Bundesrätin Sommaruga beantwortet die Fragen von Studierenden der Universität Bern. © Vera Köpfel / AKM UniBE